

Wochenspiegel

23. - 29. Januar 2021

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Gesundheitsminister Olivier Véran warnte in einer Pressekonferenz am 28. Januar vor einer dritten Pandemie-Welle, die Frankreich noch stärker als die beiden ersten Wellen treffen könnte. Die nächtliche Ausgangssperre, die in Frankreich zur Bekämpfung der Epidemie verhängt wurde, hat nach Angaben des Gesundheitsministers Wirkung gezeigt. Zumindest kurzfristig konnte eine dritte Welle, wie die europäischen Nachbarn sie aktuell erleben, verhindert werden. Die Effizienz lasse jedoch inzwischen nach und reiche nicht aus, um die Zahl der Ansteckungen zu reduzieren. Aktuell steigen die Infektionen pro Woche um 10% an. Der Druck auf die Intensivstationen wachse zwar derzeit nicht exponentiell an, insgesamt seien die Zahlen jedoch mit denen von Oktober 2020, kurz vor dem zweiten Lockdown vergleichbar. Rund 60% der französischen Intensivbettkapazitäten sind derzeit ausgelastet. Deswegen stellte Gesundheitsminister Véran nun die Verlegung von Patienten aus stark betroffenen Regionen in andere Krankenhäuser in Aussicht. Aktuell stecken sich rund 2000 Personen pro Tag mit der britischen Virusvariante an; bereits Anfang Januar wurden, anders als erste Schätzungen vermuteten, 500 Neuinfektionen festgestellt. Rund 10% der Fälle wurden im Großraum Paris diagnostiziert. Angesichts der hohen Ansteckungsgefahr droht Frankreich nun eine dritte Welle. Ursprünglich wollte sich Staatspräsident Emmanuel Macron bereits am 27. Januar über einen erneuten Lockdown äußern. Nun wird eine Entscheidung der Regierung für den 30. Januar erwartet.

Emmanuel Macron hat am 24. Januar mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden telefoniert. Die beiden Präsidenten hatten ein „freundschaftliches und tiefgehendes Gespräch, in dem sie eine große Übereinstimmung der Ansichten zu multilateralen Fragen sowie zu den Themen Krise und internationale Sicherheit feststellen konnten“, so der Präsidentenpalast in einer Erklärung. Emmanuel Macron war das erste Staatsoberhaupt der Europäischen Union, das sich mit Joe Biden austauschte. Während ihres virtuellen Treffens beküßten die beiden Staatsoberhäupter ihre „gemeinsame Entschlossenheit“, im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu handeln, insbesondere um die schwächsten Länder angesichts der Covid-19-Pandemie zu unterstützen. Die beiden Präsidenten hoffen auch, dass die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Pariser Klimaabkommen „eine neue Phase des Handelns eröffnen wird, um sicherzustellen, dass die internationale Gemeinschaft ihren Verpflichtungen, insbesondere mit Blick auf die COP26, nachkommt.“ Am 27. Januar konnte sich Außenminister Jean-Yves Le Drian mit seinem amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken austauschen. Das Gespräch fand in französischer Sprache statt. Im Fokus standen insbesondere die transatlantischen Beziehungen und der Kampf gegen Terrorismus.

Verteidigungsministerin Florence Parly hat 25. Januar in Athen einen 2,5 Milliarden Euro schweren Vertrag über den Verkauf von 18 französischen Kampfflugzeugen unterzeichnet. Der Vertrag umfasst zwölf gebrauchte und sechs neue Flugzeuge, sowie die Lieferung von Scalp-Marschflugkörpern, Exocet-Schiffsabwehraketten sowie Mica- und insbesondere Meteor-Flugabwehraketten. Frankreich ist derzeit dringend auf Exporte angewiesen, um die Lebensfähigkeit seiner Industrie und seiner Verteidigungsstrategie zu gewährleisten. Auch Dassault Aviation und seinen 500 Unterlieferanten, von denen viele durch die Krise im Luftfahrtsektor geschwächt sind, dürften aufatmen.

Die französische und die italienische Regierung haben am 27. Januar das Scheitern des gemeinsamen Kaufs der Werft „Chantiers de l'Atlantique“ bestätigt. Sie begründeten dies mit der Gesundheitskrise, die die Tourismusbranche stark beeinträchtigt hat. Nach jahrelangem Stillstand gaben die Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und Stefano Patuanelli, sowie die EU-Kommissarin für Wettbewerb Margrethe Vestager, bekannt, dass die Übernahme des auf große Ozeanriesen und Militärschiffe spezialisierten Unternehmens in Saint-Nazaire gescheitert ist.

Im Rahmen der jährlichen Veranstaltung zur Förderung ausländischer Investitionen in Frankreich „Choose France“ betonte Staatspräsident Emmanuel Macron, dass er ungeachtet der Corona-Krise am Reformkurs festhalten wolle. Bei der Videokonferenz mit rund 100 internationalen Unternehmenschefs am 25. Januar verwies er zudem darauf, dass seine Regierung einen unternehmerfreundlichen Kurs weiterführe werde. Er hob insbesondere den nationalen Wiederaufbauplan von 100 Milliarden Euro hervor.

Beim virtuellen Treffen des Weltwirtschaftsgipfels in Davos hat Staatspräsident Emmanuel Macron vor den Auswirkungen der derzeitigen Pandemie auf die Gesellschaft gewarnt. Nach den Worten von Macron kann der Wiederaufbau in der Post-Covid Zeit nur gelingen, wenn er auf zwei Grundlagen basiert: Die Wirtschaft sei wieder eine „moralische Wissenschaft“ geworden und stehe nicht über dem menschlichen Wert. Insgesamt müsse ein Bewusstsein dafür herrschen, dass unsere Gesellschaften verletzlich und anfällig für Pandemien und Klimakatastrophen sind“.

Experten des Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE, Französisches Observatorium für Wirtschaftskonjunkturen) haben zu einer Verdopplung des Budgets des französischen Wiederaufbauplans im Rahmen der Covid19-Krise aufgerufen. In einer am 27. Januar veröffentlichten Studie fordern die Experten der keynesianisch

geprägten Reflexionsgruppe eine Verdoppelung des Konjunkturprogramms, um „rund 100 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre“. Gefordert werden insbesondere mehr Investitionen in die Infrastruktur (neue Mobilität, thermische Sanierung etc.), das Gesundheitswesen, Bildung und Forschung.

Der französische Pharmakonzern Sanofi will bei der Fertigstellung von mehr als 125 Millionen Dosen des von den Konkurrenten Biontech und Pfizer entwickelten Covid-19-Impfstoffs für die EU helfen. Die ersten Lieferungen seien im Sommer aus Produktionsanlagen in Frankfurt zu erwarten, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Sanofi werde Biontech Zugang gewähren und Fertigungsschritte der späten Phase, insbesondere Abpackprozesse, übernehmen.

Nach dem plötzlichen Tod der ehemaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses in der französischen Nationalversammlung, Marielle de Sarnez, übernimmt Jean-Louis Bourlanges den Posten. Bourlanges ist Teil der zentristischen Partei MoDem und war von 1989 bis 2007 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Lehrergewerkschaften haben am 26. Januar erneut zum Streik für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter aufgerufen. Im November hatte das Bildungsministerium Gehaltsangleichungen ab 2021 angekündigt, die sich vor allem an Berufseinsteiger richten sollte. Die Gewerkschaften hoffen indes, dass ein mehrjähriges Gesetz, das im Rahmen der Rentenreform versprochen wurde, dauerhafte und substanzielle Verbesserungen für den gesamten Berufsstand festschreibt. Die Gehälter französischer Lehrer liegen zu Beginn ihrer Laufbahn 7 % unter OECD-Durchschnitt.

Premierminister Jean Castex besuchte am 23. Januar die Städte Colmar und Straßburg. Im Fokus des Besuchs standen die Europäische Gebietskörperschaft Elsass, die schwierige Lage von Studenten sowie der europäische Status der Stadt Straßburg. Jean Castex sprach sich für eine Erweiterung der Befugnisse der Europäischen Gebietskörperschaft Elsass aus, die am 1. Januar ins Leben gerufen wurde und die Département-Räte von Bas-Rhin und Haut-Rhin zusammenlegt. „Der Wunsch, ein anerkanntes Elsass wiederzuerlangen [...] ist weder eine folkloristische Laune, noch eine Bedrohung für die Einheit der Republik“, betonte er. Der Premierminister sprach auch das heikle Thema des Europäischen Parlaments an, das seit fast einem Jahr keine Sitzung mehr in Straßburg abgehalten hat. „Die aufeinanderfolgenden Absagen mehrerer Parlamentssitzungen in Straßburg haben Zweifel und Unverständnis hervorgerufen“, sagte der Regierungschef: „Wie ich dem Präsidenten des Europäischen Parlaments bereits mehrfach mitteilen konnte, werden wir nicht nachgeben“.

Der Vorsitzende der Bewegung *La République en Marche*, Stanislas Guérini, hat eine Kreditgewährung mit Null-Prozent-Finanzierung für alle 18-25-Jährigen zur Diskussion gestellt. Diese Maßnahme würde in Form eines Darlehens in Höhe von 10 000 Euro erfolgen, wobei der Betrag über 30 Jahre, zinslos und nur bei Erreichen eines Einkommensniveaus von 1800 Euro brutto pro Monat zurückzuerstatten wäre. Mit dem Vorschlag möchte Guérini auf die zunehmend schwierige finanzielle Lage von Studenten reagieren. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire bezeichnete den Vorschlag in einem Radiointerview als interessant.



DIE ZAHL DER WOCHE

48%

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Harris Interactive könnten sich Staatspräsident Emmanuel Macron und die Präsidentin der rechtspopulistischen Partei *Rassemblement National* im Rahmen des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2022 ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Ein Rekord, der nach weiteren Umfrageergebnisse aufgrund einer großen Wählermobilität der bürgerlich-konservativen Wählerschaft zugunsten von Marine Le Pen erreicht wurde. Ein Drittel der Wähler, die 2017 für François Fillon gestimmt haben, würde im zweiten Wahlgang für die Rechtspopulistin stimmen, so die Umfrage. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass sich viele Wähler des linken Lagers bei einem zweiten Wahlgang zwischen Macron und Le Pen komplett enthalten werden. Beide Entwicklungen stellen das Ende der „Republikanischen Front“ dar, das bisher die Wahl der Rechtspopulisten verhindert hat. Mit nur 3 Punkten Vorsprung würde Staatspräsident Emmanuel Macron nach Umfragewerten knapp mit 52% gewinnen.